

Megaprojekt wird vorgestellt

ZUG red. Beim Grossprojekt rund um die äussere Lorzenallmend steht ein nächster Schritt an. Der Stadtrat hat, wie er in einer Mitteilung schreibt, den Quartiergestaltungsplan des Gebiets am 5. Juli zur öffentlichen Mitwirkung verabschiedet. Die öffentliche Auflage erfolgt ab heute, dauert 30 Tage und endet damit am Montag, 26. September.

Das Gebiet in der äusseren Lorzenallmend wird sich in den nächsten Jahren markant verändern. Ein neuer Stadtteil soll zwischen der Chamer- und der Steinhäuserstrasse, der Autobahn und der Bahnstrecke im Bereich Choller entstehen. Das 13,6 Hektar grosse Gebiet soll sich in einem Zeitraum von rund 25 Jahren zu einem Lebensraum für mehrere Generationen entwickeln.

Grundlage für Bebauungsplan

Die Stadt Zug arbeitet seit einigen Jahren gemeinsam mit der Korporation Zug, der grössten unbauten Grundstücke in diesem Bereich gehört, an der Entwicklung. 2007 wurde mit vier Architekturbüros ein Studienverfahren durchgeführt. Daraus entstand der Quartiergestaltungsplan Äussere Lorzenallmend, welchen der Stadtrat im Juni 2008 verabschiedete. Das Bebauungskonzept des Quartiergestaltungsplans wurde zwischen 2012 bis heute weiterentwickelt. Der Quartiergestaltungsplan, der für dieses Gebiet erarbeitet wurde, dient nun als Grundlage für künftige Bebauungspläne.

Die Stadt wird den Quartiergestaltungsplan im Rahmen eines öffentlichen Anlasses vorstellen. Die Präsentation findet statt am kommenden Montag, 29. August, von 18 bis zirka 20 Uhr im Burgbuchsaal an der Dorfstrasse 12.

Schule bezieht neue Räume

ZUG red. Das Kombinierte Brückenangebot (KBA) konnte zum Schulanfang am Gewerblich-industriellen Bildungszentrum (GIBZ) neue Räume beziehen. Das teilt die Baudirektion in einem Schreiben mit. Seit seinem Start im Jahr 2004 ist das KBA bereits im Gebäude des GIBZ an der Baarerstrasse untergebracht. Es beanspruchte dort bisher zwei Schulzimmer, zwei Vorbereitungszimmer, einen Gruppenraum sowie ein Büro für die Administration. Allerdings war das KBA in den letzten Jahren in seiner Entwicklung innerhalb des GIBZ wegen der Raumknappheit gebremst worden.

Eigenständiges Raumangebot

Bauliche, technische und baurechtliche Abklärungen hätten ergeben, dass der Raumbedarf für das KBA mittels Umnutzung der zwei nicht mehr benutzten Hauswartwohnungen und eines zweigeschossigen Dachaufbaus auf dem Trakt 1 des GIBZ gedeckt werden könnten, heisst es in der Mitteilung der Baudirektion weiter. Der Kantonsrat hat für die Aufstockung und den Umbau von Trakt 1 einen entsprechenden Objektkredit von 8,18 Millionen Franken gesprochen.

Die Baudirektion arbeitete ein Projekt aus und hat vor zwei Jahren, nach der Genehmigung durch den Kantonsrat, mit dem Um- und Neubau begonnen. Rechtzeitig zum Schulanfang stehen die neuen Räume nun bereit. Baudirektor Urs Hürlimann: «Damit hat das KBA innerhalb des GIBZ im Trakt 1 ein eigenständiges Raumangebot mit direktem Zugang von der Baarerstrasse erhalten.» Das äussere Erscheinungsbild des GIBZ sei dabei grösstenteils erhalten geblieben. Lediglich im Bereich der grossen Dachterrasse auf dem 2. Obergeschoss erfolgte mit einer Aufstockung ein architektonischer Eingriff, der das Erscheinungsbild des GIBZ auf der nördlichen Seite leicht verändert.

Das Kombinierte Brückenangebot ermöglicht eine einjährige Übergangslösung für Jugendliche, die aus schulischen oder persönlichen Gründen den Sprung in eine berufliche Ausbildung noch nicht auf Anhieb schaffen.

Fürs Mittagessen ist wohl gesorgt

ZUG Noch immer fehlen in der Riedmatt ausserschulische Betreuungsplätze für zahlreiche Kinder. Bald könnte es jedoch eine Lösung geben.

SAMANTHA TAYLOR
samantha.taylor@zugerzeitung.ch

Seit einer knappen Woche ist er bei den meisten wieder eingekehrt, der Alltag nach den grossen Sommerferien. Seit Montag besuchen im Kanton rund 16 000 Kinder und Jugendliche wieder die Schule. Ganz alltäglich ist dieser Start jedoch nicht überall verlaufen. Denn für einige Eltern aus den Quartieren Riedpark, Riedmatt, Ammannsmatt und Rank war der Schulstart auch mit ziemlichem organisatorischen Aufwand verbunden. Der Grund: Über 70 Kinder aus 30 verschiedenen Familien dieser Quartiere haben für das neue Schuljahr keinen Platz in der ausserschulischen Betreuung im Schulhaus Riedmatt bekommen. Die betroffenen Eltern wehrten sich, lancierten eine Petition, suchten selbst nach Lösungen und traten in Kontakt mit dem Bildungsdepartement.

Einige Hebel in Bewegung gesetzt hat etwa Markus Borner. Der Vater von vier Kindern hatte für seine jüngste Tochter keinen Platz in der ausserschulischen Betreuung bekommen. «Nach langem

Hin und Her haben wir am Ende eine Art familieninterne Lösung gefunden», sagt Borner. Konkret heisse das, dass seine Schwägerin auf den Platz für ihre Tochter verzichte und dafür Markus Borners Tochter diesen übernehmen konnte. Weniger Glück hatte dagegen Helen Faltas. «Bisher haben wir noch keinen Platz bekommen», sagt die 38-jährige. Auch sie wollte ihre beiden Söhne für den Mittagstisch und die Nachmittagsbetreuung anmelden. «Ich habe mich jetzt privat organisiert. Das ist aber lediglich eine Übergangslösung.

Langfristig geht das nicht», erklärt Faltas, die an drei Tagen in der Woche in Zürich im Bereich Online-Marketing arbeitet. Sie war selbst in den vergangenen Wochen sehr aktiv, allerdings erfolglos. «Wir haben beispielsweise bei den Verwaltungen angefragt, ob wir einen der Gemeinschaftsräume in einem der Häuser für den Mittagstisch nutzen könnten, haben aber überall Absagen bekommen», bedauert Faltas.

Abklärungen laufen

Doch lange müssen sich die Eltern und Kinder wohl nicht mehr gedulden.

Denn zumindest für den Mittagstisch scheint sich eine Lösung abzuzeichnen, wie die städtische Bildungschefin Vroni Straub-Müller sagt. «Wir sind gut unterwegs und sehr zuversichtlich, dass wir bald eine Lösung anbieten können – und zwar eine innerhalb der Schule Riedmatt.» Es gehe jetzt darum, ob die Belegung der zur Verfügung stehenden Gemeinschaftsräume so umgeteilt werden könne, dass ein Raum für die Mittagstischbetreuung freigespielt werde. «Die letzten Abklärungen sind da im Gang. Wenn alles klappt, dann können wir

wohl in ein bis zwei Wochen weitere Plätze für den Mittagstisch anbieten», so Straub weiter.

Auch externe Lösungen möglich

Wie viele Plätze das sein werden, sei noch Gegenstand der laufenden Abklärungen. Auch wie viele Kinder derzeit tatsächlich noch einen Platz brauchen, kann Straub derzeit nicht sagen. «Es hat sich über die Sommerferien einiges getan. Gewisse Eltern haben inzwischen eine andere Lösung gefunden.» Sobald definitiv feststehe, dass ein Mittagstisch in der Schule realisiert werden könne,

werde die Stadt die Eltern informieren und die entsprechenden Anmeldungen prüfen.

Und was geschieht, wenn es in der Schule doch nicht klappt? «Dann haben wir noch die eine oder andere Möglichkeit, extern einen Mittagstisch zu organisieren. Beispielsweise auf dem Abenteuerplatz Fröschenmatt», sagt die Bildungschefin. Dort müssten allerdings ebenfalls noch einige Hürden genommen werden. «Unser Wunsch wäre auf jeden Fall, dass wir die Plätze in schuleigenen Räumen anbieten können. Einerseits aus Kostengründen, andererseits, weil es auch vom Logistischen her am einfachsten ist», erklärt die Stadträtin weiter. Nicht angeboten werden können in diesem Schuljahr weitere Plätze in der Nachmittagsbetreuung. «Dafür habe ich kein Budget», sagt Straub. Für viele Eltern sei dies aber auch weniger zentral als der Mittagstisch.

Petition wird übergeben

Helen Faltas ist nun froh, dass sich in dieser Sache etwas tut. «Das ist wirklich eine grosse Erleichterung», sagt Faltas. Die Petition für mehr Kinderbetreuungsplätze in der Stadt Zug, die die Eltern aus den Quartieren in Zugs Westen lanciert haben und für die inzwischen rund 250 Unterschriften zusammengekommen sind, wollen sie dennoch einreichen. Faltas: «Wir werden sie voraussichtlich nächste Woche dem Stadtrat übergeben.»



«Die letzten sind Abklärungen im Gang.»

VRONI STRAUB-MÜLLER,
BILDUNGSCHEFIN

AHV: Warten auf den grossen Befreiungsschlag



Hochkarätiges Podium mit Martin Kaiser, Daniel Lampart, Bruno Pezzatti und Veronica Weisser (v. l.) im Baarer Gemeindesaal.

BAAR Am Dienstag diskutierten Experten über die Rentenreform 2020. Dabei stand eine Erhöhung der Mehrwertsteuer im Zentrum der Debatte.

«Mit Blick in die Zukunft sind Augenmass und generationenübergreifende Vorsorgekonzepte notwendig», sagte der Präsident der Zuger Wirtschaftskammer, Andreas Umbach, zur Begrüssung der rund 200 Besucher im Gemeindesaal Baar. Die Zuger Wirtschaftskammer engagiert sich aktiv in dieser Debatte und veranstaltete dafür eine öffentliche Informations- und Diskussionsveranstaltung mit hochkarätigen Teilnehmern wie Veronica Weisser, Ökonomin und Vorsorgeexpertin bei der UBS, Martin Kaiser vom Schweizerischen Arbeitgeberverband, Zürich, Daniel Lampart, Chefökonom

beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB), und dem Zuger FDP-Nationalrat Bruno Pezzatti. Der Zuger Kommunikationsberater Rob Hartmans moderierte das Podium.

Ein düsteres Bild

«Wer in der Schweiz in die Zukunft blickt, sieht ein düsteres Bild», sagte Veronica Weisser. In ihrem Referat über die bevorstehenden Probleme der Altersvorsorge nahm die Expertin kein Blatt vor den Mund. «Die AHV in der Schweiz steht vor grossen Schwierigkeiten», sagte sie. Der demografische Wandel werde dazu führen, dass es in den kommenden Jahren wesentlich mehr Rentner geben werde und weniger Beitragszahler. Dabei entstehe ein grosses Loch in der Kasse der Alters- und Hinterlassenenversicherung. Sie und ihre Kollegen bei der UBS wollten einmal genau wissen, wie gross die Lücke ist, die der Rentenversicherung künftig entsteht. «Die Summe ist gewaltig», sagte Weisser. Das Loch wachse bis

zum Jahr 2030 auf 173 Prozent des Bruttoinlandsproduktes der Schweiz. Mit der heutigen Gesetzeslage betrüge diese Finanzierungslücke etwa 1024 Milliarden Franken. Eine Reform der aktuellen Gesetzesgrundlage für die Renten sei deshalb zwingend notwendig. Doch wie?

Nicht zuletzt aufgrund dieser offenen Fragen steht die Altersvorsorge im Brennpunkt der aktuellen politischen Diskussion. National- und Ständerat debattieren zurzeit über die Altersreform 2020. Zudem steht am 25. September die Abstimmung über die Volksinitiative AHV plus bevor. Sowohl der Bundesrat wie auch der Ständerat haben Ideen zur Rettung der Altersvorsorge. Weder der Reformvorschlag des Bundesrates noch jener des Ständerates für die Altersvorsorge ist jedoch gemäss Weisser der grosse Befreiungsschlag. Klar wurde jedoch, dass bereits eine leichte Erhöhung der Mehrwertsteuer das Problem lösen würde. Die maximale Mehrwertsteuererhöhung um 1,5 Prozentpunkte brächte die grösste Finanzierungs-

wirkung: Sie verringert die AHV-Finanzierungslücke um 72 Prozentpunkte gemessen am BIP.

Keine Schnellschüsse

Für Daniel Lampart macht diese Variante Sinn. «Diese Massnahme belastet primär die jungen und zukünftigen Generationen», sagte er. Der FDP-Nationalrat Bruno Pezzatti warnte jedoch vor Schnellschüssen. Er plädiert für eine moderate Anhebung der Mehrwertsteuer von maximal 0,4 Prozent für die AHV. Wenn der AHV-Fonds in Schieflage gerät, solle das Rentenalter zudem automatisch von 65 auf 67 erhöht werden. Martin Kaiser plädierte für höhere Rentenabgaben und ein Rentenalter von 66 Jahren.

«Für die Zuger Wirtschaftskammer und die Sozialpartner ist die Reform der Altersvorsorge von höchster Bedeutung. Mit Blick in die Zukunft ist Augenmass notwendig», sagte Umbach.

BERNARD MARKS
bernard.marks@zugerzeitung.ch